

DER ROTE AUFBAU



Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Mitgliederinformation des
Revolutionären Freundschaftsbundes e. V.
- 1995 mitgegründet durch Irma Gabel - Thälmann

Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V. (OKV)
Korporatives Mitglied im Europäischen Friedensforum (epf) sowie
im Freundeskreis „Ernst – Thälmann – Gedenkstätte“ Ziegenhals

Nr. 104 – 05/15
Abgabepreis: 0.00 Euro

September 2015
Spenden willkommen!

Internationales Antifaschistisches Riesengebirgstreffen 2015 - in der Tradition der Proletarischen Grenztreffen seit 1922



Gipfelfoto
von der seit 1972 (Einweihung des 1994 zerstörten Denkmals) 44. organisierten Schneekoppenbesteigung unter roten Fahnen - anlässlich des Internationalen Treffens im Riesengebirge 2015.

Mehr als 130 deutsche sowie ebenso viele tschechische, slowakische und polnische Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten folgten der Einla-

derung der KSCM Trutnov und des KCP Trutnov bzw. dem Aufruf der deutschen Initiativgruppe zur Teilnahme am Treffen am letzten August-Wochenende. Höhepunkte waren:

- *die Internationale Kundgebung in Horní Malá Úpa,
- *die organisierte Schneekoppenbesteigung unter roten Fahnen,
- *das politische Gespräch der tschechischen, polnischen und deutschen Teilnehmer zu aktuellen Aufgaben der Arbeiterbewegung im Kampf um Frieden, gegen die Kriegspolitik und von kapitalistischer Ausbeutung verursachte Armut,
- *tschechisch-deutsches Freundschaftstreffen am Samstagabend in Trutnov,
- *Meeting an der Gedenktafel für die Grenztreffen 1927 und 1928 mit Ernst Thälmann und Klement Gottwald, an der tschechisch-polnischen Grenze in Královec.

Für die durch die deutsche Initiativgruppe mobilisierten Teilnehmer sprach auf der Kundgebung Gerd Hommel.

Gesprochener Text:

Liebe Freunde,
traditionelle tschechische Gastgeber der Grenztreffen,
polnische und deutsche Freunde,
die Ihr als Antifaschisten und Kriegsgegner zu dieser
Kundgebung gekommen seid,
ich überbringe den solidarischen Gruß der mit der deut-
schen Initiativgruppe Riesengebirgstreffen mobilisierten
Freunde und Genossinnen und Genossen aus Baden-
Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg,
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Thüringen und Stockholm.

Anlässlich dieses Treffens in der Tradition der proletari-
schen Grenztreffen, die vor 93 Jahren ihren Anfang hat-
te, können wir feststellen:

nach der Konterrevolution in unseren drei angrenzen-
den Ländern gelang es, Linke, Kommunisten, Soziali-
sten, fortschrittliche Demokraten, Freidenker, Antifa-
schisten und Kriegsgegner gegen die **Bedrohungen
unserer Lebensgrundlagen** zu gemeinsamen Bekennt-
nissen am Fuße der Schneekoppe zusammenzurufen.

Und wir sind von Jahr zu Jahr gewachsen. Das ist zu-
gleich eine Verpflichtung!

Die Proletarischen Grenztreffen 1922 bis 1933 waren
von den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen ge-
prägt und thematisierten

+ den notwendigen Kampf gegen die erstarkende fa-
schistische Bewegung als Ausdruck der Existenzkrise des
Kapitalismus,

+ die Mobilisierung und Aktionen gegen die Gefahr im-
perialistischer Kriege; insbesondere die Gefahr des
Krieges gegen die Sowjetmacht, das erste Heimatland
der Arbeiter und Bauern,

+ die Solidarität im Widerstand gegen kapitalistische
Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, Freunde,

die Folgen der Niederlage der sozialistischen Staaten in
Europa im Kalten Krieg bedeuten zugleich ein zeitwei-
liges Erstarken imperialistischer Kräfte und führender
Staaten. Ihre ökonomischen Potentiale verschieben sich
und Widersprüche brechen auf, weil die Erstarkenden,
wie der deutsche Imperialismus, die Neuaufteilung der
Welt beanspruchen und Kriege dafür seit 1999 wieder
offen zum Alltag geworden sind.

Die Bedrohung mit faschistischer Diktatur und Krieg und
Armut schürt Ängste, tägliche Gewalt, Flucht und
„Völkerwanderungen“. Die nationalen Friedensbewe-
gungen wie auch die internationale Friedensaktion ha-
ben das Problem fehlenden Konsenses, eines Bewusst-
seins, das die Menschen für Massenaktionen zu mobili-
sieren vermag.

Wir deutschen Kommunisten, Sozialisten, Antifaschi-
sten sollten uns auf Dokumente von DKP und KPD, des

Friedensratschlag Kassel, der jüngsten Dokumente des
Freidenkerverbandes z. B., stützen. So, meine ich, ist es
erforderlich, sich im Kampf gegen die Kriegsgefahr (auch
atomare) und das Erstarken des Faschismus auf Ziele zu
einigen, die von den meisten Menschen verstanden
werden können:

Keine NATO – Osterweiterung!

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Dafür ist in der Öffentlichkeit die Debatte notwendig
über

*die Einkreisungspolitik des Imperialismus gegenüber
Russland,

*die Freihandelsabkommen der führenden Imperialisten,

*die Freihandelsabkommen der führenden Imperialisten
, vor allem TTIP und CETA, die sowohl gewaltige Angriffe
auf die Lebensgrundlagen der Arbeiterklasse beinhalten,
als auch die internationalen Ausbeutungsverhältnisse
zementieren und wesentliche Ursachen für Krisenherde
und Massenflucht darstellen.

Setzen wir uns mit unseren Aktionen dafür ein, die
**Friedensbewegung wieder stärker mit der
Arbeiterbewegung zu verbinden!**

So wird die Bewegung „Krieg dem imperialistischen
Krieg!“ erstarken.

Für alle Antifaschisten und Kriegsgegner, ob in der BRD,
Tschechien oder Polen gilt:

Ohne Massenaktionen ist der Frieden nicht zu gewin-
nen. Das sei aber unsere Aufgabe!

Rot Front! Genossinnen und Genossen!

Völkerfrieden, Freiheit von Krieg und Ausbeutung,
Sozialismus - das sind unsere Ziele!

Die Friedensbewegung in der imperialistischen
Bundesrepublik Deutschland fordert als einen wichtigen
Schritt:

**Deutschland raus aus der NATO! Die NATO raus aus
Deutschland!**



Symbolisch. Tschechisch-deutsche Ehrung Ernst
Thälmanns und Klement Gottwalds in Kralovec.

Die Teilnehmer der Kundgebung in Malá Úpa verabschiedeten auf Vorschlag der tschechischen Gastgeber die folgende Erklärung:

Aufruf

Es sind nun schon 93 Jahre, seit sich hier im Riesengebirge erstmals die Proletarier von beiden Seiten der Grenze trafen, um ohne Unterschied der Nationalität und der religiösen Bekenntnisse ihre Sehnsucht zu demonstrieren, in Frieden zu leben und für soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Wir setzen diese Tradition fort. Jährlich kommen wir hier zusammen, Deutsche, Tschechen, Polen, um gemeinsam die gleiche Sehnsucht und die Unterstützung des Kampfes für ihre Erfüllung zum Ausdruck zu bringen. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur unter uns zu wirken, sondern vor allem auch unter unseren Mitarbeitern, Mitbürgern und Freunden in den gesellschaftlichen Organisationen. Geduldig, tagtäglich, bei jeder Gelegenheit müssen wir das Wesen unserer Tätigkeit, unsere Ziele, die Notwendigkeit des Engagements aller fortschrittlichen Menschen erläutern.

Das gilt gegenwärtig besonders, da:

- *die internationalen Spannungen unablässig wachsen,*
- *die Kriegstreiber der NATO und EU ganz offen den Haß zwischen den Völkern schüren,*
- *sich immer häufiger Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassenhaß breit machen,*
- *bei kriegerischen Auseinandersetzung an verschiedenen Enden der Welt unschuldige Menschen sterben,*
- *und sich Neonazis immer offener zeigen und das nicht nur in der Ukraine.*

Uns beunruhigt der immer mehr zunehmende Strom von Immigranten aus Afrika nach Europa. Das ist keine zufällige Erscheinung! Es muß offen ausgesprochen werden, wo die Ursachen liegen! Wer unterstützt ihn und organisiert ihn vielleicht sogar! Welche Kräfte verbergen sich hinter ihm und welche Ziele verfolgen sie! Es muß eine menschliche, aber entschiedene Lösung dieses Problems gefunden werden!

Wir, die Teilnehmer des internationalen proletarischen Treffens 2015 im Riesengebirge rufen alle Mitbürger auf, sich aktiv am Kampf gegen die negativen Erscheinungen in der heutigen Gesellschaft zu beteiligen! Niemand kann sagen, dass ihn das nichts angehe, dass das alles weit weg ist. Wir leben zwar noch im Frieden – noch! Das ist keine Entschuldigung, sondern eine Ausrede. Wenn wir die Probleme erst einmal vor unserer Tür

haben, wird es zu spät sein! Behalten wir im Gedächtnis, dass der größte Feind des Menschen seine eigene Gleichgültigkeit ist.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Riesengebirge, Grenzbauden, 29.08.2015

Auftragswerk - oder / und politische Dummheit?

Der Bürgermeister der Gemeinde Malá Úpa geruhte 2015 den seit Jahren traditionellen Kundgebungsplatz neben der Tourist-Information für das Internationale Antifaschistische Treffen nicht zu genehmigen. Die Kundgebung fand auf der Straße zum Grenzübergang nach Polen statt und blockierte den gesamten Verkehr, der um die Kundgebung herum geleitet werden musste. Glaubten er oder seine Auftraggeber, die Verkehrsteilnehmer gegen uns und die Kundgebung aufzubringen? Das ging total daneben. Die Verkehrsteilnehmer wurden so erst richtig neugierig und manche bekundeten Sympathie. Und den beiden Polizisten schien die Schikane peinlich. Sie packten mit zu, die kleine Tribüne auf der blockierten Straße aufzustellen. In einem Protestbrief aus der BRD wurde dem Bürgermeister u. a. mitgeteilt: „Auf ihrer deutschen Internetseite vermerkt die Gemeinde die jährlichen internationalen antifaschistischen Riesengebirgstreffen als ein Zeichen fortschrittlicher Tradition. Und das in einer Zeit, in der die Welt von Kriegen und extremistischen, einschließlich nationalistischem und faschistischem Terror, von Flucht und Vertreibung bedroht und destabilisiert wird. Ich erwarte ganz einfach ein Bedauern der politisch falschen Entscheidung durch den Gemeinderat und hoffe, dass für die Zukunft wieder Übereinkunft für die Bewahrung humanistischer Traditionen bestimmend sein wird.“

Rotes Tuch für neofaschistische Stiere

Der 44. organisierte Schneekoppenaufstieg am 29. August bei heißem Spätsommerwetter (30 Grad C) war für alle Teilnehmer (tschechische, deutsche, ein schwedischer Genosse) wieder Herausforderung und Erlebnis. Mit der Gruppe startete Tåve Schur (84), der auch als erster froh gelaunt den Gipfel erreichte und sich mit der Gruppe und den

Fahnen der Arbeiterbewegung dem Fototermin stellte (Gipffoto) – zum Mißfallen einer tschechischen Gruppe junger Neonazis, die versuchten, sich der cubanischen Flagge des 26. Juli zu bemächtigen und den Fahnenträgern den Zutritt zum Restaurant zu verweigern. Eine körperliche Auseinandersetzung konnte durch das solidarische Verhalten in der Gruppe verhindert werden. Einziges Opfer: das T-Shirt mit der Aufschrift „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Die Teilnehmer waren sich einig, dass wir erlernen müssen, derartige Provokationen erfolgreich abzuwehren.

Der „**Tag der deutschen Einheit**“ ist kein Feiertag! 25 Jahre Geschichte belegen: **Die DDR wurde durch den imperialistischen Staat BRD annektiert** und ihr unterworfen. Das haben wir in einer Erklärung verdeutlicht:

Erklärung

Vor 25 Jahren Vereinnahmung der DDR durch die BRD.

- Die DDR ein Staat des Fortschritts, der Arbeiter- und Bauernmacht, in dessen Mittelpunkt der Mensch stand,
- Die BRD ein Staat der Reaktion, der Macht der Monopole und der Finanzoligarchie, in dessen Mittelpunkt der Profit steht.

Die BRD-Machtorgane lassen über ihre Medien ununterbrochen Lügen und Diffamierungen über die DDR im Interesse ihrer eigenen Aufwertung und ihres vermeintlich alternativlosen Machterhalts verbreiten. Der 25. Jahrestag der Vereinnahmung der DDR durch die BRD ist ihnen ein besonderer Anlaß, die Trommel der Verunglimpfung der DDR zu rühren. Das Leben in der DDR wird auf „Mauerbau, Stasi, Unrechtsstaat“ reduziert und falsch dargestellt.

Mit wachsendem zeitlichen Abstand, konfrontiert mit der auf Profit und Menschenfeindlichkeit orientierten kapitalistischen Realität, erkennen immer mehr Menschen in Ost und West, daß die DDR eine glückliche Phase in der deutschen Geschichte war, die für ganz Deutschland angestrebt wurde. Die Mehrheit der Menschen in der DDR hat glücklich, zufrieden und ohne Kriegseinsätze ihrer Armee gelebt. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln, ohne Obdachlosigkeit, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gab es keine Armut, keine Bettler, keine Angst um einen Arbeitsplatz. Die in der DDR wohnhaften Bürger wurden ohne Kostenbeteiligung gesundheitlich betreut und waren im Alter sozial abge-

abgesichert. Die Existenz der DDR und ihrer sozialen Errungenschaften ermöglichten den westdeutschen Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern gewisse soziale Standards für die Lohnabhängigen der BRD durchzusetzen. Nach der Konterrevolution 1989 und der daraus folgenden Einverleibung der DDR in die BRD begann das deutsche Kapital verschärft die Dauerschrauben anzuziehen und systematisch die von der Arbeiterklasse erkämpften sozialen Errungenschaften zurückzudrehen. Die gleichzeitig mit der Aggression nach Außen und verschärfter Ausbeutung sowie Repression im Innern verbundene militaristische Politik nahm ihren uneingeschränkten Verlauf.

Millionen Familien mit Kindern werden in der BRD durch Arbeitslosigkeit (gegenwärtig real ca. 4 Millionen) ins Unglück gestürzt. Dreiviertel aller Lohnabhängigen haben keine ausreichend sozial abgesicherten Vollzeitstellen mit festem Vertrag und sicherem Gehalt. Die Folgen sind sinkende Einkommen und wachsende Armut. Jeder 5. Bürger in der BRD ist, das sind über 16 Millionen Menschen, in der „reichen BRD“ von Armut betroffen, haben also unter 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung. Ca. 4 Millionen Haushalte sind in der BRD verschuldet. Gleichzeitig verfügen aber in der BRD 123 Milliarden über 413 Milliarden Dollar. Jeder 5. Erwerbstätige hat lediglich eine 450 Euro-Stelle und ist nur teilweise sozialversichert. Die Folgen sind u.a. in der Familienplanung der Menschen in der BRD sichtbar.

Während in der DDR Ehe und Familie großzügig gefördert wurden, u.a. auch durch zinslose bzw. mit niedrigen Zinsen belastete Kredite und Rückzahlungserlasse je Kind, leben heute in der BRD die meisten kinderlosen Ehepaare der Welt.

Die Kinder in der DDR wurden in Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen gut betreut und wuchsen sorgloser, glücklicher, gebildeter und freier auf als die Kinder in den von Gewalttaten beherrschten Schulen, Straßen und Plätzen in der BRD. In der BRD gibt es kein Recht auf Arbeit und Erholung, kein Recht auf unentgeltliche Bildung und auch keine kostenfreie Gesundheitsfürsorge, wie in der Verfassung der DDR festgeschrieben und dementsprechend auch in der DDR Realität waren.

Gern wurden damals die von der DDR ausgebildeten Fachkräfte und Spezialisten durch westdeutsche Konzerne und Geheimdienste mit allen möglichen Mitteln und Versprechungen abgeworben. Frauen, die gleichberechtigt waren und das Recht hatten, über ihr Leben selbst zu bestimmen, haben das Leben in der DDR schätzen gelernt und merken heute den Unterschied in der BRD. Die Freiheit, zwischen CDU/CSU, SPD und

anderen bürgerlichen Parteien, sowie Parteien mit links-sozialdemokratischer Ausrichtung zu wählen, ist nur eine Scheinalternative. Im täglichen Leben, insbesondere auf der Arbeitsstelle, war in der DDR ein höheres Maß an Freiheit garantiert als in der BRD, wo der Lohnabhängige weitgehend rechtlos ist.

Die DDR war ein sozialistischer Rechtsstaat, wo der Mensch im Mittelpunkt aller Maßnahmen stand und nicht wie heute der Profit der Mächtigen des Kapitals. Im Unterschied zum Grundgesetz der BRD gab es in der DDR eine Verfassung, die durch Volksabstimmung / Volksentscheid angenommen wurde. Das Arbeitsgesetzbuch der DDR garantierte volle Mitbestimmungsrechte in den Betrieben, die auch in der Realität u.a. zu Arbeitsprozessen, Plandiskussionen zu Betriebsplänen, Verfügungen über Direktorenfonds, Personalentscheidungen sowie zu sozialen- und kulturellen Absicherungen wahrgenommen wurde. Das Bildungssystem der DDR war für viele Staaten Europas nachahmenswert. Die Jugend hatte eine berufliche Perspektive im Unterschied zu der Perspektivlosigkeit der heutigen Jugend in der BRD.

Solange es die DDR und die sozialistische Staatengemeinschaft gab, war der Frieden in Europa gesichert. Die DDR-Bürger wurden zur Völkerfreundschaft erzogen. Rassendiskriminierung und Russenhaß, wie derzeit von den Mächtigen und ihren Massenmedien verbreitet wird, gab es nicht. Wer seine Arbeit und sein Leben für die DDR eingesetzt hat, hat nicht umsonst gelebt. Die DDR hat auch in Deutschland ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser ist als Kapitalismus.

Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus und seine Errungenschaften werden für den weiteren Kampf zur Überwindung des menschenfeindlichen imperialistischen Systems und zur Erreichung einer sozialistischen Zukunft nützlich sein.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Werte schaffenden Kräfte, die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und weiteren Werktätigen, die Macht ausüben und auf der Grundlage sozialistischen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, ohne Krieg, ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut im Alter und Bildungsnotstand. Diese angestrebte Gesellschaft ist gekennzeichnet durch freien Zugang zur Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel; daß der Werktätige von seiner Hände Arbeit leben kann, ohne Kostenbeteiligung in der Gesundheitsversorgung und Angst vor vergifteten Lebensmitteln, zerstörter Umwelt, ohne Diskriminierung.

25 Jahre Vereinnahmung der DDR durch die BRD sind verbunden mit 25 Jahren Forderungen, Schluß zu machen mit:

- der Mitgliedschaft in der NATO, dem Kriegsbündnis für Interventionen in anderen Ländern,
- der Kriegspolitik der BRD unter Führung des deutschen Imperialismus
- militärischen Interventionen der EU zur Beherrschung ausländischer Wirtschafts- und Rohstoffmärkte,
- der Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden,
- mit der Mordzentrale in Ramstein, über die der weltweite Einsatz bewaffneter Drohnen zu Mordtaten gesteuert wird,
- mit den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes und dem Grundgesetz der BRD,
- der permanenten Hetze gegen Rußland, mit der wirtschaftlichen und politischen Aggressionspolitik sowie mit militärischen Einkreisungsmaßnahmen der NATO und EU unter Führung des US- und deutschen Imperialismus,
- der Fälschung der Geschichte beider deutscher Staaten, der Delegitimierung der DDR und der Totalitarismusthese,
- der Tolerierung, Zusammenarbeit und Förderung des Neofaschismus statt Verbot der Organisationen und ihrer Aktivitäten und der Verfolgung von Antifaschisten,
- dem Schänden und Schleifen antifaschistischer Denkmäler,
- den menschenverachtenden Hartz IV-Regelungen, sondern Gewährleistung eines existenzsichernden Arbeitslosengeldes,
- Minijobs und Leiharbeit, sondern Gewährleistung von Vollbeschäftigung mit existenzsicherndem Lohn ohne Unterschied zwischen West und Ost und Übergang zur 30 Stunden-Woche,
- der Zweiklassen-Medizin und der Privatisierung medizinischer Leistungen und Mittel,
- der Minderbewertung des Rentenentgeltpunktes Ost gegenüber West, sowie der Rente mit 67 Jahren, sondern Rückführung des Rentenalters auf 65, Frauen

auf 60 und Anhebung des Rentensatzes auf 55% des ehemaligen Verdienstes,

- der Aberkennung ehrlich erworbener Rentenansprüche und der Bestrafung von DDR-Bürgern mittels Rentenkürzung,
- der Perspektivlosigkeit großer Teile der jungen Generation, sondern Sicherung einer beruflichen Ausbildung und Arbeitsstelle, sowie kostenfreiem Zugang zu allen Bildungseinrichtungen.
- dem Abbau von demokratischen Rechten, den Beschränkungen des Streikrechts, der zunehmenden Gewalt- und Repressionsmaßnahmen im Innern, sowie gegen Ausländer.

Kommunistische Partei Deutschlands,

Kommunistische Initiative (Gera 2010)

Freundeskreis Ernst Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals e.V.

Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V.(GRH)

Revolutionärer Freundschaftsbund Ernst Thälmann e.V. (RFB)

Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg e.V.



Thälmann-Ehrungen zum 71. Jahrestag seiner Ermordung im KZ Buchenwald

Ob in Hamburg, Ziegenhals, Berlin, Dresden, Chemnitz, Halle, Buchenwald ... an zahlreichen Orten ehrten Antifaschisten und Thälmannfreunde Ernst Thälmann und verständigten sich über sein Vermächtnis und seine Bedeutung für den Kampf gegen Militarismus, Rüstung, Krieg, Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerungsmehrheit in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern.

Diese Thälmann-Ehrungen gaben auch eine Antwort auf alle Versuche, das Andenken an unseren Teddy mit Verleumdungen und Geschichtslügen zu verunglimpfen. erinnert sei an die Hetze und Verleumdung des Springer-

„Journalisten“ und B.Z.-Chefkolumnisten Gunnar Schupelius (B.Z. vom 10.04.2015). Wie der Hetzer von Hohenschönhausen fordert er die Beseitigung der Thälmann gewidmeten Straßennamen, von denen es in den östlichen Bundesländern noch mehr als 600 gäbe. Seine Begründung: „Thälmann wollte Deutschland in eine kommunistische Gewaltherrschaft verwandeln.“ Damit stellte er Ernst Thälmann in eine Reihe mit seinen faschistischen Mördern. Vera Dehle-Thälmann als Enkelin Ernst Thälmanns und Prof. Dr. Siegfried Mechler stellten Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens des Ermordeten. Die Strafanzeige wurde durch den Rechtsanwalt Hans Bauer vertreten.

Die Justiz der BRD - Rechtsnachfolger des Dritten Reiches – macht diesem Staat „alle Ehre“! Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte das Verfahren gegen Schupelius ein! Auf eine Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens reagierte die Generalstaatsanwaltschaft mit Datum vom 04.08.2015 mit einer Bestätigung der Einstellung. Begründung (wie üblich):

Die Äußerungen des Herrn Schupelius sind von der Meinungs- und Pressefreiheit gedeckt.

Wir dürfen demnach davon ausgehen: Thälmann war Kommunist und genießt keinen strafrechtlichen Schutz in der BRD!

„Rechtsstaat“? Diese Justizentscheidung reiht sich ein: siehe Verschleppung des Verbotsantrages gegen die NPD als Rechtsnachfolger der NSDAP, in die Verschleppung des Strafprozessverfahrens gegen die Mörder vom nationalsozialistischen Untergrund NSU. Noch mehr Beweise gewünscht?

Die juristische Auseinandersetzung mit Schupelius ist beendet; die politische Auseinandersetzung mit dem Faschismus und den Neofaschisten niemals.

Zu einem Höhepunkt der diesjährigen Thälmann-Ehrungen wurde die Wiedereinweihung eines Thälmannreliefs, das auf dem Schrottplatz landen sollte, aber der Gedenkstätte in Hamburg anvertraut wurde. Es erhielt am Thälmannhaus in Hamburg einen würdigen Platz.

DER ROTE AUFBAU veröffentlicht die Worte von Genossen Hein Pfohlmann, 1. Vorsitzender des Kuratoriums der Gedenkstätte Ernst Thälmann in Hamburg, anlässlich der Einweihung der Gedenktafel:



„Am 18. August diesen Jahres jährt sich zum 71. Male der Tag, an dem Ernst-Thälmann nach über elfjähriger Kerkerhaft ohne ein Gerichtsverfahren in Buchenwald hinterrücks ermordet wurde.

Während in anderen Orten Deutschlands und speziell auf dem Gebiet der DDR Tafeln von Antifaschisten, Kommunisten, Widerstandskämpfern gegen den Faschismus entfernt werden, Denkmäler geschleift werden, Schulen, Schiffe oder Kasernen, oder wie in der Ukraine oder Ungarn, Kommunisten aber auch Gewerkschafter, Friedensfreunde verfolgt und ermordet werden, so weihen wir heute an diesem Ort, eine Tafel ein, die ebenfalls auf dem Schrott landen sollte und gerettet wurde. Wir danken den Rettern dieser Tafel, ihr Beispiel sollte überall dort Schule machen wo die modernen Bilderstürmer wieder zuschlagen werden. Verhindern wir die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Schulen, Kindergärten. Überall. Fordern wir die Rückbenennung aller Straße Plätze und Orte.

Am 3. März 1933 wird Ernst Thälmann durch Verrat in Berlin von den Faschisten verhaftet, am 17. August von Gestapobeamten aus seiner Bautzener Zelle geholt und ins Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar überführt. In den Morgenstunden des 18. August 1944 wurde er auf direkten Befehl von Adolf Hitler und Himmler – vor dem Krematorium in Buchenwald ermordet. Seine Ermordung fand in der bundesdeutschen Justiz bis heute keine Sühne.

In der internationalen Solidaritätsbewegung für die Opfer des Faschismus und für seine Freilassung wurde

sein Name zum Beweis für eine unbeugsame Haltung gegenüber dem Faschismus.

Das persönliche Leben Thälmanns und seiner Familie ist eng mit Hamburg verbunden – was der Senat und die rot-grüne Koalition unserer und seiner Heimatstadt aber am liebsten vergessen und verschweigen würde.

Ernst Thälmann wurde hier geboren, ging hier zur Schule, lebte hier mit seiner Frau und seiner Tochter. Von 1919 bis 1933 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an.

Ernst Thälmanns politisches Leben und Wirken ist untrennbar mit der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung verbunden, die in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts von größten Hoffnungen, großen Erfolgen aber auch Niederlagen gekennzeichnet war.

Ernst Thälmann wurde 1925 der Vorsitzende der KPD, der größten kommunistischen Partei außerhalb Russlands. Von 1924 bis 1933 war er Abgeordneter des Deutschen Reichstages.

71 Jahre nach der Ermordung Ernst Thälmanns soll diese Tafel zeigen:

Der Kampf gegen den Faschismus hat nicht aufgehört und wird niemals aufhören.

Ernst Thälmann zu gedenken heißt, für den Anspruch auf die Verwirklichung einer besseren Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Krieg zu kämpfen. Dieser Kampf gegen den Kapitalismus und seine Verbrechen ist heute genauso nötig wie zu Lebzeiten Thälmanns - angesichts weltweit millionenfachen Hungers und Elends, des Einsatzes deutscher Soldaten auf internationalen Kriegsschauplätzen, Millionen von Arbeitslosen und Flüchtlingen, und des unter rot-grün begonnenen und nun unter der großen Koalition fortgesetzten Sozialabbaus großen Stils.

Unser Kampf gilt der Verhinderung der Aufmärsche der Faschisten, wie dem geplanten Aufmarsch zum sogenannten Tag der Patrioten am 12. September in Hamburg.“

Den Ausführungen von Genossen Hein ist meinerseits hinzuzufügen:

Am 16. April 2016 begehen wir den 130. Geburtstag unseres Teddy. Es ist nach dem Sieg über den Faschismus auch das Jahr des 60. Jahrestages des erneuten Verbots der

Kommunistischen Partei Deutschlands – dieses Mal in der BRD (17. August 1956). Wir sollten uns gemeinsam mit allen Thälmannfreunden auf würdige zentrale Veranstaltungen in Hamburg, der Heimatstadt Ernst Thälmanns, vorbereiten und die Forderung nach der Aufhebung des KPD-Verbotes einbeziehen!

Gerd Hommel
Vorsitzender des RFB e. V.

Konferenz der Internationalen Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“

Vom 12. Bis 13. September 2015 fand in München die Konferenz der Internationalen Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ statt. An ihr nahmen Vertreter mit Mandat ihrer Organisationen aus der BRD, der annektierten DDR, Tschechiens und Polens teil.

Auf der Tagesordnung: 1. die Auswertung des internationalen Aktionszuges „Klassenkampf statt Weltkrieg“ von Berlin nach Warschau im Mai 2015 anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung.
2. Beratung über die Fortführung der Internationalen Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ und der 100. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution.

Der RFB e. V. wurde durch Gerd Hommel, Albrecht Geißler und Torsten Trentzsch vertreten.

Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten einmütig eine Erklärung. Sie wird in der Jahresmitgliederversammlung des RFB beraten und ein Beschluss gefasst werden.



Geburtstage

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

im September 2015:
Daniel W. in Freising zum 42. Geburtstag
Heinz M. in Chemnitz zum 92. Geburtstag
Jiří B. In Znojmo zum 82. Geburtstag
Horst I. in Dresden zum 79. Geburtstag

im Oktober 2015:

Astrid H. in Dresden zum 60. Geburtstag
Jörg L. in Hannover zum 56. Geburtstag
Wolfgang L. in Dresden zum 75. Geburtstag
Torsten T. in Meißen zum 37. Geburtstag
Prof. Dr. Wolfram T. in Radebeul zum 79. Geb.
Anna D. in Beroun zum 76. Geburtstag
PHDR Josef G. in Praha zum 82. Geburtstag
Jakub H. in Praha zum 29. Geburtstag
Veronika K. in Praha zum 32. Geburtstag
Jiří P. in Beroun zum 78. Geburtstag

Der Vorstand wünscht allen Geburtstagskindern Gesundheit und 365 sinnerfüllte Tage im neuen Lebensjahr.

Dank den Spendern für die Unterstützung der politischen Arbeit des RFB

Torsten T., Meißen	62.00 €
Günter S., Dresden	10.00 €
Olaf W., Saßnitz	38.00 €
Erwin, Stuttgart	50.00 €
Harry A., Chemnitz	10.00 €
Ingrid und Jochen K., Berlin	18.00 €
Raymon und Grise B., Chemnitz	25.00 €
Daniel W., Freising	5.00 €
Dieter A., Chemnitz	25.00 €

für das Traditionstreffen Riesengebirge

Dr.med. Johanna S., Frankenberg	50.00 €
Daniel W., Freising	5.00 €

Impressum:

Herausgeber: Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. (RFB)
V.i.S.d.PG: Gerd Hommel, Dohnaer Platz 9,
01239 Dresden / Fon: 0351-2882128
Email: rfb.hommel@arcor.de (Vorsitzender)
Kontakte:
malessa@rfb-online.org stellv. Vorsitzender
Al-Gen@t-online.de stellv. Vorsitzender
Redaktionsschluss: 19.09.2015
Internet: www.rfb-online.org

Konto des RFB:

IBAN DE41 8505 0300 3120 1302 72
SWIFT-BIC OSDDDE81xxx
Ostsächsische Sparkasse Dresden

Der RFB finanziert sich ausschließlich aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Er beantragt und erhält keine staatlichen Fördermittel und ist nicht korrumpierbar.